

**Antrag 90/II/2023****Jusos Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Demokratie schützen - Finanzierung für politische Bildung und Teilhabe sichern!**

1 Politische Bildung ist unverzichtbar für eine wehrhafte  
2 und beständige Demokratie. Gleiches gilt für politische  
3 Teilhabe, die auch immer mehr im Internet stattfindet. In  
4 Zeiten in denen Rechtsextremist\*innen und Rechtspopu-  
5 list\*innen steigende Zustimmungswerte verzeichnen, ist  
6 die Förderung und Sicherung von Institutionen und Bera-  
7 tungsstellen, die sich für Demokratie, politische Bildung  
8 und Schutz angefeindeter Menschen einsetzen, elemen-  
9 tar.  
10  
11 Dennoch zeigt der Haushaltsentwurf der Bundesregie-  
12 rung massive Einsparungen in diesem Bereich. So soll bei-  
13 spielsweise Hate Aid, eine Beratungsstelle, die sich dem  
14 Kampf gegen Hass im Netz verschrieben hat, keine Finan-  
15 zierung mehr zugutekommen. Hate Aid unterstützt Be-  
16 troffene von Gewalt im Netz, sowohl durch Beratung als  
17 auch bei der Rechtsdurchsetzung. Hass im Netz hat ver-  
18 schiedene Ausdrucksformen und zeigt sich beispielswei-  
19 se durch Abwertungen, Angriffe oder Aufrufe zu Hass und  
20 Gewalt. Die Teilnahme an - auch insbesondere an politi-  
21 schen - Diskursräumen im Internet wird für Betroffene so-  
22 mit unmöglich.  
23  
24 Bisher war an der Finanzierung der Organisation maßgeb-  
25 lich das Bundesministerium für Justiz beteiligt. Im aktu-  
26 ellen Haushaltsentwurf ist nach Ablauf der aktuellen Fi-  
27 nanzierung für das Jahr 2023 keine weitere Unterstützung  
28 der Organisation von öffentlicher Seite aus vorgesehen,  
29 obwohl der Koalitionsvertrag der Regierung ausdrücklich  
30 den Ausbau zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen vor-  
31 sieht und der Kampf gegen Hass im Netz als Priorität an-  
32 gesehen wird. Aufgrund dieser Situation müssen wir un-  
33 sere Beschlusslage gegen Hate Speech bekräftigen.  
34 Aber auch die Bundeszentrale für politische Bildung  
35 (bpb) ist von den Sparplänen betroffen. Der bpb kommt  
36 als Bundesanstalt in der politischen Bildungslandschafts  
37 Deutschland eine zentrale Position zu, um ihren staat-  
38 lichen Auftrag nach "das demokratische Bewusstsein zu  
39 festigen und die Bereitschaft zur politischen[n] Mitarbeit  
40 zu stärken". Nach den Plänen der Bundesregierung soll die  
41 bpb 20 Millionen Euro gekürzt werden, was fatale Auswir-  
42 kungen auf die Arbeit und Angebote der bpb hätte. Auch  
43 dies würde gegen den Koalitionsvertrag verstoßen, in dem  
44 sogar eine Erhöhung der Mittel der bpb festgeschrieben  
45 wurde.  
46 Der Schutz und die Stärkung der Demokratie und de-  
47 mokratischer Werte darf nicht Sparplänen untergeord-

48 net werden. Wir fordern daher insbesondere die SPD-  
49 Bundestagsfraktion auf

- 50 • die Fortführung der Finanzierung von Hate Aid und  
51 allen anderen von den Streichungen betroffenen Or-  
52 ganisationen gegen Hate Speech zu sichern, mind.  
53 in der Höhe der bisherigen Förderungssumme und  
54 gemäß unseren Beschlüssen weitere Maßnahmen  
55 gegen Hass im Netz einzuleiten
- 56 • die Sicherstellung der Finanzierung der bpb in mind.  
57 der aktuellen Förderung
- 58 • die generelle langfristige Sicherstellung der Finan-  
59 zierung von Organisationen und Institutionen, die  
60 im Bereich der politischen Bildung und Teilhabe ar-  
61 beiten, wie es auch im Koalitionsvertrag vorgesehen  
62 ist